



# Parlamentarischer Vorstoss

## Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 062-2020  
Vorstossart: Motion  
Richtlinienmotion:   
Geschäftsnummer: 2020.RRGR.83

Eingereicht am: 10.03.2020

Fraktionsvorstoss: Ja  
Kommissionsvorstoss: Nein  
Eingereicht von: EVP (Schnegg, Lyss) (Sprecher/in)  
BDP (Gnägi, Walperswil)  
EDU (Schwarz, Adelboden)  
FDP (Grivel, Biel/Bienne)  
glp (von Arx, Köniz)  
Grüne (Imboden, Bern)  
SP-JUSO-PSA (Egger, Hünibach)  
Aebi (Hellsau, SVP)  
Hamdaoui (Biel/Bienne, CVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein  
Dringlichkeit gewährt

RRB-Nr.: 883/2020 vom 12. August 2020  
Direktion: Direktion für Inneres und Justiz  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert  
Antrag Regierungsrat: **Annahme und gleichzeitige Abschreibung**

## Regionen-Dialog fördern

Die Regierung wird beauftragt,

1. einen Regionen-Dialog zu etablieren
2. dem Grossen Rat über die Ergebnisse zu berichten

### Begründung:

Die Entwicklungsstrategie für die Regionen rund um die Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ) und die Regierungsrichtlinien bilden die Grundlage, damit die Potenziale der verschiedenen Regionen bestmöglich ausgeschöpft werden. Es braucht aber noch mehr. Damit die regionale Zusammenarbeit greif- und nahbar wird, braucht es, wie von Regierungsrätin Evi Allemann angesprochen, einen verstärkten Dialog zwischen den Gemeinden, den Regionen und dem Kanton.

Die Planungserklärungen des Grossen Rates zu den Regierungsrichtlinien 2015 bis 2018 sowie die Evaluation der Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ) sind die Grundlage für eine stärkere regionale Zusammenarbeit. Im Rahmen der Regierungsrichtlinien 2019 bis 2022 wurde geprüft, inwiefern die Strategieüberlegungen für die Direktionen mit kohärenten strategischen Eckwerten für die Regionen ergänzt werden können. Mit der SARZ liegen die nötigen strategischen Grundlagen vor. Im nächsten Schritt geht es darum, die Stossrichtungen zu konkretisieren. Und hierzu braucht es einen Dialog mit der Bevölkerung in den Gemeinden, den Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden und Regionen und dem Kanton. Der Regierungsrat soll einen entsprechenden Regionen-Dialog etablieren und

den Grossen Rat über die Resultate informieren. Dieser Dialog soll mithelfen, die Erwartungen, Ängste und Fragen aktiv anzugehen und gemeinsam zu eruieren, wo eine engere Zusammenarbeit Sinn macht und was es dazu braucht, damit eine konstruktive und respektvolle Zusammenarbeit entsteht.

## **Antwort des Regierungsrates**

*Bei der vorliegenden Motion handelt es sich um eine Motion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates (Richtlinienmotion). Der Regierungsrat hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grades der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrages, und die Entscheidungsverantwortung bleibt beim Regierungsrat.*

Die vorliegende Motion beauftragt den Regierungsrat, einerseits einen Regionen-Dialog zu etablieren (Ziff. 1) und andererseits dem Grossen Rat über die Ergebnisse zu berichten (Ziff. 2).

Der Regierungsrat geht mit den Motionären einig, dass namentlich mit SARZ<sup>1</sup> die nötigen strategischen Grundlagen für eine kohärente und wirksame regionale Zusammenarbeit der Gemeinden besteht und deren Konkretisierung und Umsetzung im Dialog mit den Gemeinden und Regionen erfolgen soll. Wie der Regierungsrat bereits vor rund 20 Jahren, im Rahmen der Lancierung der kantonalen Agglomerationsstrategie und deren Weiterentwicklung zu SARZ hervorgehoben und im Rahmen der Würdigung der 2017 durchgeführten Evaluation SARZ bekräftigt hat, kann aus seiner Sicht eine funktionierende regionale Zusammenarbeit nicht «top-down» vom Kanton verordnet werden, sondern muss im Dialog mit den beteiligten Akteuren, in einem breit abgestützten partnerschaftlichen Prozess («bottom up») initiiert, gepflegt und weiterentwickelt werden. In diesem Sinn hat der Regierungsrat auch im Raumplanungsbericht 2018 festgehalten, dass er die regionale Zusammenarbeit der Gemeinden weiterhin fördern und auch einfordern will, dass die flächendeckende Einführung von Regionalkonferenzen aber nicht erzwungen werden soll. In diesem Sinn ist ein Regionen-Dialog auch aus Sicht des Regierungsrats unabdingbar für die Konkretisierung und kontinuierliche Stärkung der regionalen Zusammenarbeit.

Mit den seit den 1990er Jahren regelmässig (1 – 2 Mal pro Jahr) unter der Leitung der DIJ (und bei Bedarf unter Beizug weiterer kantonalen Stellen) stattfindenden Regionszusammenkünften besteht seit langem ein institutionalisierter Regionen-Dialog. Die Regionszusammenkünfte bieten den Regionen bzw. Regionalkonferenzen und den betroffenen kantonalen Stellen eine willkommene und bewährte Plattform für den Austausch über regionsspezifische Themen. Neben diesem institutionalisierten Regionen-Dialog im Plenum finden bei Bedarf auch regelmässig individuelle Gespräche und Treffen auf technischer, aber auch auf strategischer Ebene mit einzelnen Regionen bzw. Regionalkonferenzen statt. So wird aktuell ein intensiver Dialog mit den Regionen um Thun und Oberland-West über die Zukunft der dortigen regionalen Zusammenarbeit geführt. Ebenso wurden entsprechende Gespräche mit den Regionen Biel/Bienne-Seeland und Jura bernois geführt, wobei diese Bemühungen bisher nicht zur Schaffung einer Regionalkonferenz führten. Zu laufenden und anstehenden Einzelvorhaben und Projekten findet schliesslich ein ständiger Austausch mit den Regionen bzw. Regionalkonferenzen statt. Der verlangte Regionen-Dialog wird also bereits gelebt und die entsprechende Motionsforderung ist insofern schon heute umgesetzt. Eine Berichterstattung an den Grossen Rat über den – auf mehreren Ebenen und unterschiedlichen Plattformen laufenden – Regionen-Dialog erscheint deshalb wenig sinnvoll, zumal der Aufwand für eine entsprechende Berichterstattung hoch und der Erkenntnisgewinn für den Grossen Rat gering sein dürfte. Selbstverständlich wird der Regierungsrat den Grossen Rat über wichtige Entwicklungen in der regionalen Zusammenarbeit zeitgerecht und transparent informieren und ihn insbesondere bei künftigen strategischen Weichenstellungen in der kantonalen Regionenpolitik einbeziehen. Dafür besteht aber zurzeit kein Anlass.

---

<sup>1</sup> Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit

Wie eingangs dargelegt begrüsst und unterstützt der Regierungsrat das Grundanliegen der vorliegenden Motion, den Dialog mit den Regionen zu führen. In diesem Sinn ist der Regierungsrat auch bereit, die vorliegende (Richtlinien-)Motion entgegenzunehmen. Da die Motionsforderung aber bereits heute umgesetzt wird, beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat mit der Annahme die gleichzeitige Abschreibung der vorliegenden Motion.

Verteiler

– Grosser Rat